

4. Zwischenbericht

Mädchen vor Beschneidung schützen Mali



Plan
gibt Kindern eine Chance



Plan Stiftungszentrum
Stiften mit Plan!

Projektregion: Kayes, Koulikoro, Sikasso, Ségou und Mopti
Projektlaufzeit: April 2010 – März 2015
Berichtszeitraum: Oktober 2012 – September 2013

Was uns erwartete

In weiten Teilen Malis wird die schädliche und menschenrechtsverletzende Tradition der weiblichen Genitalverstümmelung praktiziert. Sie birgt ein hohes gesundheitliches Risiko für die Mädchen und jungen Frauen und ist oft mit schweren körperlichen und seelischen Folgen verbunden. Plan und seine Partner kämpfen seit 2004 erfolgreich dafür, Mädchen und Frauen vor dieser schädlichen Praxis zu schützen und die Zahl der Beschneidungen zu senken.

Was wir erreichen wollen

Ziel dieses Projektes ist es, die Bevölkerung für die schwerwiegenden Folgen der weiblichen Genitalverstümmelung zu sensibilisieren und ein Bewusstsein für Kinderrechte zu schaffen. Zu diesem Zweck führt Plan aufklärende und bewusstseinsbildende Maßnahmen in 180 Gemeinden durch. So soll die Anzahl der Gemeinden, in denen keine weibliche Genitalverstümmelung mehr praktiziert wird, von derzeit 25 auf

60 erhöht werden. Gleichzeitig setzt sich das Kinderhilfswerk auf politischer Ebene für ein nationales Verbot der weiblichen Beschneidung ein. Insgesamt erreichen die Projektmaßnahmen 45.000 Mädchen, 130.000 Frauen, 50 Angestellte im Sozial- und Gesundheitswesen, 50 traditionelle Geburtshelferinnen sowie rund 200 religiöse Autoritäten. In die Projektaktivitäten sind zudem 180 Gemeinde- und 90 Kinderorganisationen sowie drei lokale Nichtregierungsorganisationen eingebunden.

Was wir bisher dafür getan haben

Projektbeeinträchtigung durch schwere politische Unruhen

Nach einem Militärputsch im März 2012, der zur Absetzung des Präsidenten und der Regierung führte, stürzte die Republik Mali in eine schwere politische Krise. Die angespannte Sicherheitslage, anhaltende Kämpfe und Flüchtlingsströme bestimmten das tägliche Leben der Menschen. Das Kinderhilfswerk unterstützt seitdem von der Krise direkt betroffene Familien. Flüchtlingshilfe, gesundheitliche Versorgung, Ernährungs- und Schulprogramme für Kinder stehen im Zentrum der geleisteten Nothilfe. Auf Grund der prekären Sicherheitslage war Plan in Mali gezwungen, die Arbeit in einigen Programmgebieten einzuschränken – vor allem um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht



In Gesprächsrunden diskutieren Eltern offen über die Beschneidung von Mädchen und die Rechte von Frauen und Kindern.

zu gefährden. Einige Gemeinden konnten daher zwischenzeitlich nicht mehr besucht werden. Das Gesamtkonzept des Projektes wurde aber nicht beeinträchtigt. Im Frühjahr 2013 begann sich die Lage in Mali langsam zu beruhigen. Im Juli und August 2013 fanden Präsidentschaftswahlen statt, die weitgehend friedlich verliefen. Diese Stabilisierung lässt darauf hoffen, dass die Projektaktivitäten nun wieder vollständig und auf allen Ebenen umgesetzt werden können.

Aufklärung in den Gemeinden

Um in den Gemeinden die tief verwurzelten Tabus aufzubrechen und den offenen Dialog zu fördern, führten Plan und seine Partner in 180 Projektgemeinden zahlreiche Veranstaltungen über Kinderrechte und die Folgen weiblicher Genitalverstümmelung durch. Aus aktuellem Anlass wurde dabei auch Bezug auf die Sicherheit und den Schutz von Kindern in Konfliktsituationen genommen.

Insgesamt fanden 2.254 offene Gesprächsrunden statt, in denen die Gemeindemitglieder über weibliche Beschneidung und auch andere für sie relevante Themen wie Landflucht, frühe Heirat und Schwangerschaften sprachen. Um möglichst viele Gemeindemitglieder zu erreichen, setzte das Kinderhilfswerk ergänzend auf den Einsatz von Medien: 764 Filmvorführungen mit anschließenden Diskussionen sowie 667 informative Radiosendungen rundeten die Aufklärungsarbeit ab. 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von lokalen Radiosendern besuchten zu diesem Zweck Fortbildungen. Schwerpunkte waren auch hier: Kinderrechte, schädliche Folgen der weiblichen Genitalverstümmelung sowie die Rolle und die Verantwortlichkeiten von lokalen Gemeindeorganisationen. Wie sehr die Projektarbeit in den Gemeinden wertgeschätzt wird, zeigte sich während der politischen Unruhen: Als Plan-Mitarbeiter die Projektgebiete aufgrund des hohen Sicherheitsrisikos nicht mehr besuchen konnten, führten die Gemeinden die Aufklärungsveranstaltungen selbstständig und auf eigene Initiative fort.

Ein weiterer Erfolg zeigt sich in den Gesprächen mit Müttern und Vätern. Viele Eltern hatten zuerst Probleme, sich auf die an Schulen stattfindenden Debatten über weibliche Genitalverstümmelung, Familienplanung und reproduktive Gesundheit einzulassen. Plan und seine lokalen Partner führten daher intensiv Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen durch und förderten so die offene Diskussion: Heute versteht ein Großteil der Eltern, welche schwerwiegenden Folgen die weibliche Genitalverstümmelung hat und wie wichtig die Aufklärung darüber an Schulen und in den Gemeinden ist. Zu diesem Zweck vertieften auch Lehrerinnen und Lehrer, pädagogische Mitarbeiter und Schulinspektoren ihr Wissen über Menschenrechte und den Zusammenhang mit schädlichen Traditionen wie der weiblichen Genitalverstümmelung. Sie tragen nun dafür Sorge, dass diese Themen künftig Teil des Lehrplans sind.

Mit traditionellen Mediatoren zusammenarbeiten

In vielen afrikanischen Kulturen spielen Schmiede und Geschichtenerzähler traditionell eine zentrale Rolle als Mittler zwischen unterschiedlichen Interessen. Durch diese Position können sie sich besonders wirkungsvoll für Kinder- und Menschenrechte einsetzen. Im Berichtszeitraum erhielten daher 360 traditionelle Mediatoren eine vertiefende Schulung

über die Zusammenhänge zwischen weiblicher Genitalverstümmelung und den Rechten von Kindern und Frauen. Etwa die Hälfte von ihnen führte bereits aufklärende Gemeindeveranstaltungen durch. Sie sprechen beispielsweise auf Hochzeiten, Taufen und weiteren kulturellen Veranstaltungen. Außerdem sind die traditionellen Mediatoren Gäste in Radioshows und informieren über geplante Projektaktivitäten.

Religiöse Meinungsführer als Botschafter für Kinderrechte

182 Führer verschiedener Religionen besuchten eine von Plan und seinen Partnern durchgeführte Fortbildung zu Kinderrechten. Einige religiöse Gemeindeoberhäupter erklärten, dass sie zukünftig auch in ihre Gebete und Messen Botschaften gegen Kinderrechtsverletzungen aufnehmen würden. Der Imam von Kangaba sagte: „Wir in diesem Raum haben genug darüber gesprochen, dass wir uns einig sind: Es gibt im Koran keine religiöse Begründung für die weibliche Genitalverstümmelung. Lasst uns dies den Gläubigen deutlich sagen: Weibliche Genitalverstümmelung ist eine alte Praktik, die schon vor den Religionen da war. Sie ist keine Vorschrift des Koran.“

Gesetzesinitiativen zum Schutz der Mädchen

Außer für die Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung auf Gemeindeebene, setzt sich Plan auch für ein entsprechendes gesetzliches Verbot auf nationaler Ebene ein. Im Berichtszeitraum nahmen 30 Vertreterinnen und Vertreter (28 Männer und zwei Frauen) des Obersten Gerichts und der Staatsanwaltschaft sowie weiterer öffentlicher Behörden an einer dreitägigen Fortbildung teil. Dabei diskutierten sie über die internationalen und nationalen Richtlinien zu Kinderrechten und deren Bedeutung für die Tradition der Beschneidung. Dabei ging es insbesondere darum, welche rechtlichen Schritte notwendig sind, um die weibliche Genitalverstümmelung landesweit zu verbieten.

Prüfung und Bewertung des Programmverlaufs

Während der gesamten Laufzeit des Projektes finden regelmäßige Treffen aller beteiligten Partner statt. Dort werden die Projektfortschritte besprochen, gewonnene Erfahrungen ausgetauscht und nötige Korrekturen bei der Umsetzung der Maßnahmen vorgenommen. Nach der Hälfte sowie nach Beendigung des Projektes wird eine ausführliche externe Evaluierung durchgeführt.

Haben Sie Fragen?

Plan Stiftungszentrum
Bramfelder Straße 70
22305 Hamburg
Tel. +49 (0)40 61140-170
info@plan-stiftungszentrum.de
www.plan-stiftungszentrum.de
www.facebook.com/planstiftungszentrum